



Lehren aus der Krise

Der Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman-Brothers hat das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der weltweiten Finanzmärkte schwer erschüttert. In der Folge rutschte die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession. Das hat Debatten darüber ausgelöst, ob die Marktwirtschaft als System selbst entscheidend zur krisenhaften Entwicklung beigetragen hat und wenn ja, welche Alternative an ihre Stelle treten könnte.

Schon die Fragestellung ist in meinen Augen falsch. Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat die Krise ausgelöst. Vielmehr glaubten manche Akteure, grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft außer Kraft setzen zu können. Dies erwies sich als fataler Trugschluss. So hat zum Beispiel die übermäßig expansive Geldpolitik in den USA das Gespür für Risiken getrübt. Hinzu kamen Fehlanreize für die Immobilienfinanzierung, die – teilweise politisch motiviert – eine übermäßige Vergabe von Krediten an amerikanische Haushalte mit geringer Bonität begünstigten. Die Finanzmarktregulierung hat weltweit zu wenig Gewicht auf Markttransparenz sowie auf die Haftung für die Konsequenzen eigener Handlungen gelegt. Die exportorientierte Entwicklungsstrategie vieler asiatischer Staaten ist von künstlich verzerrten Währungsrelationen begleitet worden. Dies mündete in falschen Anreizsystemen, einer unzureichenden Risikoanalyse sowie in dem Aufbau eines unregulierten Schattenbankensystems.

Die erste Lehre

Um Transparenz, Glaubwürdigkeit und Vertrauen auf den Finanzmärkten wieder herzustellen, brauchen wir keine neue Wirtschaftsordnung und vor allem keinen neuen Staatsinterventionismus. Denn wenn der Staat vom Schiedsrichter zum Mitspieler wird, um eine Metapher von Ludwig Erhard zu verwenden, dann steht auch die Glaubwürdigkeit und Unparteilichkeit des Staates auf dem Spiel.

Die zweite Lehre

Wir befinden uns zwar in einer Wirtschaftskrise, aber nicht in einer Systemkri-



Rainer Brüderle ist Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

■ FOTO: FF

se. Der durch die weltweite Finanzkrise ausgelöste konjunkturelle Abschwung trifft zwar in Deutschland auf eine zunehmende Skepsis gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft. Aber die Soziale Marktwirtschaft ist zeitgemäß, weil sie auf Werte setzt, die zeitlos sind: Eigeninitiative, Selbstentfaltung, Freiheit und Selbstverantwortung. Sie ist keine Leerformel, sondern liefert konkrete Handlungsanweisungen.

Die dritte Lehre

Die politische Reaktion auf die krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in den vergangenen Monaten war richtig. Aber der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Im Gegenteil: Bei verstärkter, dauerhafter staatlicher Einmischung besteht die Gefahr, dass wesentliche Anreizmechanismen, wie die Haftung für unternehmerische Entscheidungen, außer Kraft gesetzt werden. Es kommt zu Fehlentscheidungen zulasten der Steuerzahler. Von kommunalen Wohnungsunternehmen über die Deutsche Bundesbahn und Holzmann bis zu den Landesbanken: Die Bilanz des Staates als Unternehmer oder vermeintlicher Unternehmensretter ist nicht überzeugend. Deutschland darf sich nicht an das süße Gift der Subventionen gewöhnen. Auch beim Versuch, Märkte zu steuern, kann der Staat schnell überfordert sein, wie die Er-

fahrung zeigt. Zu viele Eingriffe in Konsum- und Investitionsentscheidungen der Bürger verursachen nicht nur immense Kontrollkosten, sondern können wegen der unvermeidlichen Fehleinschätzungen zu gravierenden Fehlentwicklungen führen. Insbesondere Zukunftsmärkte können wir nur im Wettbewerb voll erschließen. Das gilt zum Beispiel für den Ausbau der digitalen Hochleistungsnetze.

Mein wirtschaftspolitisches Handeln baut deshalb auf die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft:

■ Freie Märkte können keine Märkte ohne Regeln sein. Wir brauchen nicht unbedingt mehr oder detailliertere Regeln; wir brauchen vor allem intelligenterere Regeln.

■ Kurzfristig angelegte Impulsmaßnahmen müssen die Ausnahme sein. Keinesfalls darf es zu einem Perpetuum mobile von kurzzeitigem Aktionismus kommen. Vielmehr muss die nachhaltige Förderung des Wachstums weiterhin im Mittelpunkt stehen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und den Verbesserungen beim Wirtschaftsfonds Deutschland speziell für den Mittelstand befinden wir uns da auf einem guten Weg.

■ Der Ausstieg des Staates aus finanziellen Engagements und Rettungsaktionen ist jetzt mit klaren Regeln zu planen. Ich will weder eine Staatsbankwirtschaft noch staatliche zwangsverordnete Einheitsversicherungen oder einen Finanzmarkt, auf dem nur noch Staatspapiere gehandelt werden.

■ Wir brauchen offene Märkte und einfachen Marktzutritt. Maßnahmen zur Stützung der nationalen Volkswirtschaften bergen immer die Gefahr der Abschottung von Märkten. Die industriepolitischen Ansätze wichtiger deutscher Handelspartner erfüllen mich deshalb mit Sorge. Ich setze auf den Wettbewerb, gerade auch im Interesse des Mittelstands.

Deshalb werde ich das Bundeskartellamt stärken und deshalb wollen wir als Ultima Ratio ein Entflechtungsinstrument in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen integrieren. Wir brauchen Vertrauen in die Regeln, die wir uns in guten Zeiten selbst gesetzt haben, ob bei der WTO, in der EU-Beihilfenkontrolle, in der Wettbewerbspolitik oder mit dem Europäischen Stabilitätspakt. Nicht zu vergessen: Auch Büro-

kratiekosten sind Marktzutrittschranken gerade für den Mittelstand. Wir müssen deshalb den Bürokratieabbau beschleunigt fortsetzen, vor allem auf EU-Ebene.

Gemeinsam mit der Wirtschaft möchte ich daran arbeiten, dass Freiheit und Verantwortung von den Menschen, ob als Unternehmer, als Manager oder als Konsu-

menten, als zwei untrennbar verbundene Seiten einer Medaille begriffen werden. Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist dabei kein starres Modell, sondern ein lernendes System. Ihre Ordnungsprinzipien bilden einen flexiblen Rahmen, der sich im Laufe der Zeit an die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegeben-

heiten anpassen lässt. Nicht zuletzt dieser Dynamik ist es zu verdanken, dass die Soziale Marktwirtschaft „Made in Germany“ auch international zu Recht als Erfolgsmodell gilt. Ich bin sicher, dass sich diese Einschätzung nach Überwindung der Krise bestätigen wird.

RAINER BRÜDERLE

Unternehmensfinanzierung:

„Banken und Industrie müssen an einem Strang ziehen“

Immer mehr produzierende Unternehmen haben Schwierigkeiten Aufträge vorzufinanzieren – es droht eine gefährliche Liquiditätslücke. Zu dieser Gefahr äußerte sich der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Dr. Martin Wansleben, in einem Gespräch mit der Fachzeitschrift „VDI-Nachrichten“.

In dem Gespräch macht er wichtige Aussagen zur Unternehmensfinanzierung: Die oft schlechten Unternehmenszahlen 2009 führen zu einer Abwertung der Bonität beim Rating durch die Banken mit der Folge, dass Kredite verweigert oder nur noch gegen hohe Zinsen vergeben werden. Grund: Die Banken müssen hohe Risiken mit viel Eigenkapital – das durch die Bankenkrise geschmolzen ist – hinterlegen.

Um die leichte konjunkturelle Erholung, die für dieses Jahr vorausgesagt wird, nicht zu gefährden, müsse ein Schwerpunkt des politischen Handelns darin bestehen, die produzierenden Unternehmen mit ausreichender Liquidität auszustatten. Wie dies geschehen kann, sei Gegenstand der Diskussion in Politik und Wirtschaft. Dabei gehe es in erster Linie darum, wie die Eigenkapitalausstattung der Banken verbessert werden kann. Als eine weitere Stellschraube benennt Wansleben das Ratingverfahren, welches die Banken anwenden, um die Bonität ihrer Kunden bei der Kreditvergabe zu ermitteln. Diese Ratingver-

fahren seien für „wirtschaftlich normale“ Zeiten konzipiert und nicht für die derzeitige Extremlage, deshalb müssen die Rating-

verfahren geändert werden. Aber auch jetzt schon haben, so Wansleben, die Banken Spielräume, die ausgefüllt werden können – dafür notwendig sei eine offene Kommunikation zwischen Kreditinstitut und Unternehmen. Der Appell: Die Banken sollten erkennen, dass die Bonität von Zukunftsperspektiven abhängt und mit den Unternehmen an einem Strang ziehen.

VOLKER SCHWARZMEIER

DR. MARTIN WANSLEBEN IM INTERVIEW WÖRTLICH



Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, im Interview mit den VDI-Nachrichten am 4. Dezember 2009:

VDI-Nachrichten: Wie müssen die Banken ihr Verhalten ändern?

Wansleben: „Heute besteht – trotz aller Schwierigkeiten – die Aussicht, dass die wirtschaftliche Situation in 2010/2011 wesentlich besser verlaufen kann, als wir das noch vor

kurzem erwarten durften. Doch dieser Swing muss rasch erkannt werden, damit wir die Chancen des Aufschwungs nicht vergeben. Schwerlich aber bewältigen die Banken diesen Swing mit den gebräuchlichen Ratingverfahren; da dominieren die schlechten Zahlen der Unternehmen von 2009.

Die greifbare bessere Situation 2010/2011 geht nicht angemessen in die Bewertung ein. Die Bonität der Unternehmen hängt jetzt viel stärker von den Zukunftsperspektiven ab als von den schlechten Zahlen der Vergangenheit. Dass dies erkannt wird, dafür werben wir.“